

DER TAGESSPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Verlag Der Tagesspiegel G. m. b. H., Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 105-106, Druckhaus. Telefon:



Geschäftstellen in Groß-Berlin: Charlottenburg, Kaiserdamm 7 und Kaiserin-Augusta-Allee 95;

NR. 1178

BERLIN, DIENSTAG, 16. AUGUST 1949

5. JAHRGANG

Antisozialistische Mehrheit im Bundestag

Koalition CDU/FDP mit Unterstützung von Bayernpartei oder DP?

Frankfurt a. M. (AP). Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erhielten die einzelnen Parteien folgende Stimmzahlen:

Table with 3 columns: Wahlbeteiligung, Bundestagswahlen, letzte Landtagswahlen. Rows include categories like Wahlberechtigte, Abgegebene Stimmen, Gültige Stimmen, Ungültige Stimmen, and various parties like CDU/CSU, SPD, KPD, FDP, Bayern-Partei, Deutsche Partei, etc.

Frankfurt a. M. (DNA). Bisherige Berechnungen haben folgende Sitzverteilung im Bundestag ergeben:

Table with 2 columns: Partei, Sitze. Rows include CDU/CSU, SPD, FDP, Bayernpartei, Deutsche Partei, KPD, WAV, Zentrum, Deutsche Rechtspartei, SSW, Unabhängige, Deutsche Parteien Flensburg.

Insgesamt werden dem Bundestag 402 Abgeordnete angehören.

DT. Frankfurt a. M. Durch alliierte Kreise in Frankfurt wurde am Montag eine von Dr. Adenauer in der Wahlnacht entworfene Kabinettsliste bekannt, die auf der Annahme einer Gemeinschaft CDU/CSU mit der FDP, der Bayernpartei und der WAV oder der Deutschen Partei basiert.

Bundeskanzler: Dr. Adenauer; Innenminister: Dr. Lehr oder Dr. Heinrich Weitz (beide CDU); Wirtschaft: Professor Erhard; Ernährung: Dr. Schlange-Schöningen (CDU); Finanzen: Franz Blücher oder Dr. Höpker-Ashoff (beide FDP); Arbeit: Anton Storch (CDU); Verkehr: Dr. Frohne (Unabhängig); Post: Hans Schubert (Unabhängig); Justiz: offen (gegebenfalls Dr. Lehr).

DT. Hannover. Wie Fritz Heine vom SPD-Parteivorstand sagte, erwartet die SPD kein Koalitionsangebot von der CDU. Sollte es wider Erwarten doch erfolgen, dann werde es „sehr sorgfältig daraufhin geprüft werden“.

Erstes Echo

DT. Berlin. Der amerikanische Militärgouverneur John McCloy sprach den Bewohnern Westdeutschlands seine Glückwünsche für den Beweis guten Bürgersinns aus, den sie bei den Wahlen zum ersten deutschen Bundestag erbracht hätten.

Auch der britische Militärgouverneur, General Sir Brian Robertson, versicherte die künftige Regierung und das Parlament seiner vollsten Unterstützung und sagte: „Nunmehr ist der Weg frei für die letzten Schritte zur Errichtung der deutschen Bundesrepublik.“

Nach Ansicht von Bürgermeisterin Frau Louise Schroeder zeigt der Wahlausgang, daß eine im Interesse Deutschlands erspürliche Arbeit möglich ist, wenn die beiden stärksten Parteien sich auf dem Boden gemeinsamer Arbeit zusammenfinden.

„Sieg der gemäßigten Parteien“ Bern (Südena). Das Ergebnis der westdeutschen Wahlen wird in den Schlagzeilen der Schweizer Montagabendblätter als ein „Sieg der gemäßigten Parteien“ hervorgehoben.

Bern (Südena). Das Ergebnis der westdeutschen Wahlen wird in den Schlagzeilen der Schweizer Montagabendblätter als ein „Sieg der gemäßigten Parteien“ hervorgehoben. Das dies Resultat entgegen der Prognose der meisten Zeitungen bei einer „wider Erwarten starken Stimmbeteiligung“ zustande kam, verleiht dem Wahlergebnis eine besondere Note.

nung innerhalb der westdeutschen Wahlkampagne nur um eine „nicht tragisch zu nehmende Wahlperiode“, wie es gewisse Londoner Kommentatoren wahrhaben wollten. Die Zeitung schreibt: „Die Exponenten einer harten und rücksichtslosen Politik gegenüber Deutschland, wie etwa der Gift und Galle speiende Lord Vansittart dürften eher Recht haben, wenn sie behaupteten, daß die englisch-deutsche Feindschaft in diesen Monaten für lange Zeit fixiert werde.“

Schuman im Prinzip für deutsche Beteiligung

Straßburg (UP). Der französische Außenminister Schuman sagte am Montag vor Pressevertretern, Frankreich sei „im Prinzip“ für die Aufnahme Deutschlands in den Europa-Rat. Die französische Regierung habe sich jedoch verpflichtet, nicht definitiv zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ehe sich das Kabinett mit ihr befaßt habe.

Billigung der Waffenhilfe

Washington (AP). Der Außenpolitische Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses bewilligte am Montag den vollen Betrag in Höhe von 1,45 Milliarden Dollar für das Waffenhilfsprogramm.

Konferenz Hoffman-Harriman

Paris (UP). Der Administrator der ECA, Hoffman, konferierte am Montag vormittag mit dem Sonderbotschafter der ECA, Harriman. In einer Pressekonferenz mahnte Hoffman die europäischen Länder, energische und kühne Maßnahmen zu treffen, damit sie bis zum Ende des Marshall-Planes im Jahre 1952 auf eigenen Füßen stehen könnten.

Neue syrische Regierung

Damaskus (DNA/Reuter). Der ehemalige syrische Staatspräsident Haschem Attassi Pascha hat am Montag eine neue Koalitionsregierung gebildet.

Kämpfe im Vitsi-Gebirge beendet

Athen (UP). Das griechische Oberkommando gab bekannt, daß die Kämpfe im Vitsi-Gebirge abgeschlossen seien. Zur Zeit würden nur noch einzelne Widerstandskämpfer der Aufständischen ausgehoben. Die jugoslawische Regierung habe die Grenze nach Griechenland geschlossen, so daß sich die Rebellen nicht auf jugoslawisches Gebiet zurückziehen könnten.

Straßburg ehrt Churchill

Straßburg (UP). Winston Churchill wurde am Montag in einer kurzen Feier zum Ehrenbürger der Stadt Straßburg ernannt. Er sagte in einer Ansprache, daß ganz Europa einer großen Zukunft entgegengehe.

SMA veranlaßt Rücktritt Professor Hübener

Berlin (DNA). Aus zuverlässiger Quelle in der ostzonalen Wirtschaftskommission verlautete, daß der einzige Ministerpräsident der Ostzone, der einer bürgerlichen Partei angehört, auf Anordnung der SMA sein Amt niederlegen muß.

Schuman im Prinzip für deutsche Beteiligung

Straßburg (UP). Der französische Außenminister Schuman sagte am Montag vor Pressevertretern, Frankreich sei „im Prinzip“ für die Aufnahme Deutschlands in den Europa-Rat. Die französische Regierung habe sich jedoch verpflichtet, nicht definitiv zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ehe sich das Kabinett mit ihr befaßt habe.

Das Gesicht der Bundesrepublik

Zu den Wahlen vom Sonntag

rg. Wer, wie wir, in den Wahlen dieses Augustsonntags ein Element der Verwirklichung eines seit Jahren verfochtenen politischen Programms erblicken darf, kann sich bei der Untersuchung des Ergebnisses nicht die gemütliche Oberflächenbetrachtung erlauben, auf welcher zumeist die ersten aufatmenden Äußerungen derjenigen beruhen, die besondere Befürchtungen wegen der Teilnahmslosigkeit der Bevölkerung oder wegen eines Überraschungsvorstoßes der Nationalisten gehegt hatten.

Wahrscheinlich wäre die Zahl der Wähler noch größer gewesen, hätte nicht der Zwang, auch dann im eigenen Lande zu wählen, wenn man im Besitze eines Wahlscheines war, manche Stimmabgabe von Geschäfts- und Ferienreisenden verhindert.

Damit stehen wir gleich bei der Frage, ob das Ergebnis dieser Wahl, wie eilige Triumphatoren schon verkünden, wirklich ein politisches Reifezeugnis darstellt. Könnten wir annehmen, die starke Wahlbeteiligung sei vor allem ein Beweis dafür, daß die geschichtliche Bedeutung dieses Vorganges im Bewußtsein des Volkes lebt, so würden wir gern von politischer Reife sprechen.

Daß sich außer CDU/CSU, SPD und FDP — den Kernparteien der christlichen, sozialistischen und liberalen Demokraten, zu denen eben darum auch bisher schon die FDP zählte, obwohl sie noch keine so große Gruppe war wie jetzt — weitere acht Parteien (statt allenfalls, die Kommunisten mitgerechnet, drei) um Sitze im Bundestag bewarben, spiegelt die deutsche Verworfenheit, die in den Umständen dieser Nachkriegszeit begründet ist.